

Richter stoppt Trumps Verbot: Geschlechtsbejahende Pflege für Teens bleibt!

Ein US-Bundesrichter blockiert Trumps Verordnung zur Einschränkung geschlechtsbejahender Gesundheitsversorgung für Transgender-Jugendliche.

Maryland, USA - Ein US-Bundesrichter hat am 14. Februar 2025 eine vorläufige einstweilige Verfügung erlassen, die eine umstrittene Exekutivverordnung von Präsident Donald Trump blockiert. Diese Verordnung sollte den Zugang zu geschlechtsbejahender Gesundheitsversorgung für Personen unter 19 Jahren erheblich einschränken, indem Bundesmittel für entsprechende Behandlungen gestoppt werden sollten. Bezirksrichter Brendan Hurson hat die Entscheidung getroffen, nachdem Familien transgener Jugendlicher und Organisationen wie die American Civil Liberties Union (ACLU) Klage erhoben hatten.

In seiner Entscheidung kritisierte Hurson die Formulierungen der Exekutivverordnung, die geschlechtsbejahende Gesundheitsversorgung als „chemische und chirurgische Verstümmelung von Kindern“ bezeichnete. Diese Sichtweise, so der Richter, scheine die Existenz und die Rechte von transgener Personen zu leugnen und stellt somit einen Rückschlag für die Bestrebungen Trumps dar, die Rechte von Transgender-Personen zurückzurollen. Diese Maßnahmen sind Teil einer größeren Agenda des ehemaligen Präsidenten, die Diskriminierungen gegen transgener Menschen in verschiedenen Lebensbereichen zu legitimieren.

Details zur Exekutivverordnung

Die Exekutivverordnung von Trump, die am 27. Januar erlassen wurde, zielte darauf ab, eine Reihe von Verfahren, die als „destruktiv und lebensverändernd“ angesehen werden, zu verbannen oder einzuschränken. Dazu zählen Pubertätsblocker, Hormone und chirurgische Eingriffe für Transgender-Personen. Die ACLU und Lambda Legal vertreten gemeinsam die betroffenen Familien in der laufenden Klage und berichten von einem bereits spürbaren Einfluss der Verordnung, da Krankenhausdienste aufgrund der Unsicherheit eingestellt wurden.

Zusätzlich hat eine Koalition von 13 Staatsanwälten, angeführt von New Yorks Letitia James, Gesundheitsdienstleister dazu aufgefordert, notwendige Dienstleistungen für transgender Jugendliche weiterhin anzubieten. Sie kritisieren die Exekutivverordnung als diskriminierend und sowohl wissenschaftlich als auch rechtlich unhaltbar.

Wirkung auf transgender Personen

Die Auswirkungen solcher politischen Entscheidungen sind erheblich. Transgender Jugendliche und deren Familien sehen sich nicht nur rechtlichen Hürden gegenüber, sondern auch einem eingeschränkten Zugang zu dringend benötigter medizinischer Versorgung. Zudem sind viele Transgender-Personen vielschichtigen Herausforderungen ausgesetzt, die durch gesellschaftliche Diskriminierung und Marginalisierung verstärkt werden. Eine Studie über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die psychische und physische Gesundheit von trans Personen hat gezeigt, dass erhöhte psychische Belastungen und der Zugang zu medizinischen Leistungen weiterhin kritisch sind. Die Pandemie hat bestehende Barrieren verschärft und führte zu einem Anstieg somatischer Erkrankungen innerhalb dieser Gruppe.

Es wird deutlich, dass die Maßnahmen der Trump-Administration

nicht nur als rechtlich bedenklich angesehen werden, sondern auch gravierende Auswirkungen auf das Wohlbefinden von transgender Personen haben. Umso wichtiger ist die Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen und medizinischen Realität hinter geschlechtsbejahender Gesundheitsversorgung und die Sicherstellung des Zugangs wie auch der Rechte dieser oft marginalisierten Bevölkerung.

Diese Entwicklungen sind Teil einer weitreichenden Diskussion über die Rechte von transgender Menschen in den USA, die auch andere Bereiche wie Bildung und militärischen Dienst betrifft. Die bevorstehende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Fall U.S. v. Skrmetti, der sich mit dem Verbot von geschlechtsbejahenden hormonellen Therapien in Tennessee beschäftigt, könnte weitere weitreichende Folgen haben.

Insgesamt bleibt abzuwarten, wie diese rechtlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die Lebensrealität von Transgender-Personen in den USA und darüber hinaus beeinflussen werden.

Für weitere Informationen lesen Sie die Berichte von **Al Jazeera**, **ACLU** und **PMC**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Maryland, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.aljazeera.com• www.aclu.org• pmc.ncbi.nlm.nih.gov

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de